Irland im EU-Vorsitz: Was ist der Plan zur Eindämmung des weltweiten Hungers?

Datum	14.8.2026
Subjekt	Welthungerhilfe
Autor	Tom Arnold
Region	Nemecko
Kategorie	Politika, Medzinárodné organizácie, Poľnohospodárstvo

Irland steckt vier Politikbereiche ab, in denen Ernährungssicherheit eine weitaus größere Rolle spielen kann.

*Alle in der Welternährung geäußerten Ansichten sind die der Autor*innen und spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten oder die Positionen der Welternährungsredaktion oder der Welthungerhilfe wider.*

ENGLISH VERSION

Irland hat Anfang Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und wird bis Ende des Jahres die Geschäfte im Ministerrat führen. Auf der Insel, wie auch international, wird der Einsatz der Regierung in Dublin für die Bekämpfung des weltweiten Hungers und der Ernährungsunsicherheit erwartet. Schon aufgrund der eigenen historischen Erfahrungen mit Hungersnöten spielt diese Aufgabe seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle in der irischen Außen- und Entwicklungspolitik.

Es ist das achte Mal, dass Irland den Vorsitz im Ministerrat innehat seit es 1973 der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beitrat. Die Bilanz in dieser Rolle ist gut. In Deutschland wird vermutlich vor allem die Präsidentschaft von 1990 in Erinnerung bleiben: wegen ihrer konstruktiven Rolle, den Weg für die deutsche Wiedervereinigung zu ebnen.

Heute fällt die Ratspräsidentschaft in eine Zeit erheblicher geopolitischer Turbulenzen, darunter die anhaltenden Kriege im Nahen Osten und zwischen Russland und der Ukraine sowie die weltweit größte Vertreibungskrise im Sudan und am Horn von Afrika, wo über 40 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen.

Vor diesem Hintergrund hat Irland drei übergreifende Prioritäten für seine EU-Präsidentschaft festgelegt: Wettbewerbsfähigkeit zur Förderung der Ziele von „Ein Europa, ein Binnenmarkt“; Sicherheit, einschließlich verstärkter europäischer Verteidigungsfähigkeit; sowie Werte, darunter die Unterstützung der Ukraine und die Erweiterung der EU. Ein zentrales Ziel wird sein, eine Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), den EU-Haushalt für den Zeitraum 2028–2034, herbeizuführen.

Das Programm für den Ratsvorsitz gibt eine erste Orientierung: „Die Auswirkungen geopolitischer Krisen und neu auftretender Herausforderungen werden für die EU ein dringender Schwerpunkt sein", heißt es dort. "Die Themen Ernährung, Gesundheit und Gender werden zentrale Aspekte bei der Ausrichtung der strategischen Debatte sein.“ Im Vergleich zu den Programmen der jüngsten Ratspräsidentschaften räumt Irland damit der Ernährungssicherheit einen herausragenden Platz auf seiner Agenda ein. Es signalisiert, dass diese Problematik für die menschliche Sicherheit, den Frieden, die Entwicklung und die humanitäre Politik von zentraler Bedeutung ist.

Um dieser Bedeutung Rechnung zu tragen, muss die Ratspräsidentschaft politisch realistische Ziele

entwickeln, die von ihren EU-Partnern unterstützt werden können und international an Zugkraft gewinnen. Einige der Ziele werden EU-Prioritäten sein, die von den EU-Institutionen und „Koalitionen der Willigen“ unter den Mitgliedstaaten vereinbart und umgesetzt werden – nach dem „Team Europe“-Ansatz. Andere werden internationale Prozesse betreffen, in denen die EU Führungsstärke und Einfluss ausüben kann.

Der Kontext für Aktionen

Der programmatische Handlungsspielraum sieht sich kurz- und langfristigen globalen Herausforderungen im Bereich der Ernährung gegenüber. Es gibt die Möglichkeit, auf wichtigen nationalen und internationalen Initiativen der vergangenen Jahre aufzubauen. Zugleich ist mit der Tatsache umzugehen, dass die Kürzungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) der letzten drei Jahre innovative finanzielle Maßnahmen erfordern werden, um die künftige Nahrungsmittel- und Ernährungspolitik zu unterstützen.

Fortschritte der letzten Jahrzehnte auf internationaler Ebene sollten gewürdigt und weiter ausgebaut werden. Seit 1990 sind Hunger, Kindersterblichkeit und Wachstumsverzögerungen bei Kindern deutlich zurückgegangen. Im Jahr 1990 litt jeder vierte Mensch weltweit an Hunger. Im Jahr 2024 ist es jeder zwölfte. In diesem Zeitraum ist die Kindersterblichkeit um 60 Prozent zurückgegangen, was maßgeblich auf den Fokus zur Verbesserung der Ernährung in der entscheidenden Phase von 1.000 Tagen zwischen der Schwangerschaft der Mutter und dem zweiten Geburtstag ihres Kindes zurückzuführen ist. Die Rate der Wachstumsverzögerungen bei Kindern ist von 40 Prozent im Jahr 1990 auf 23 Prozent im Jahr 2024 gesunken.

Trotz der erzielten Fortschritte wird die Welt das Ziel 2 der Agenda für nachhaltige Entwicklung (SDG 2) – „bis 2030 den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit zu erreichen, die Ernährung zu verbessern und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern“ – nicht erreichen. Kurzfristig, also 2026 und 2027, könnte sich die Bilanz von SDG 2 noch weiter verschlechtern, nämlich durch die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf die Düngemittelpreise und -versorgung sowie durch die Möglichkeit eines historisch starken El-Niño-Phänomens, das Hitzewellen und Überschwemmungen verursacht und die Ernteerträge beeinträchtigt.

Vier Schwerpunktbereiche zur Förderung der Ernährungssicherheit

Irland und die EU sollten aus meiner Sicht darauf hinarbeiten, die Ernährungssicherheit stärker in vier Schlüsselbereiche zu integrieren: die Ernährungspolitik; die Bekämpfung von Konflikten als Grundursache für Hunger; die Klimapolitik sowie Wissenschaft und Technologie.

Ernährungspolitik

Sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene muss die Ernährungssicherheit deutlich höhere Priorität bekommen. Politische Entscheidungsträger tragen die Hauptverantwortung dafür, dass ihre Bevölkerung sich ausreichend und ausgewogen ernähren kann, und sie sollten dafür auch rechenschaftspflichtig werden. Sie sind dafür verantwortlich, auf staatlicher Ebene kohärenten und nachhaltigen Maßnahmen zur Ernährungssicherheit Vorrang einzuräumen.

Die Covid-Pandemie, die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine und der Krieg im Nahen Osten haben die Anfälligkeit der Ernährungssysteme gegenüber raschen Preisanstiegen und Disruptionen in den Lieferketten aufgezeigt. Länder und Regionen arbeiten daran, ihre Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und Energie im Rahmen einer erhöhten strategischen

Autonomie zu verbessern.

Auf dem Ernährungsgipfel 2021 verpflichteten sich mehr als 150 Länder, ihre Ernährungssysteme im Sinne der SDGs umzugestalten. Diese Umgestaltung berücksichtigt, dass im Rahmen eines nachhaltigen Ansatzes für Ernährungssysteme Landwirtschaft, Gesundheit, Klima, Biodiversität, Handel und Lebensgrundlagen untereinander verknüpft sind. Einige Jahre später, im Januar 2025, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union (AU) die Kampala-Erklärung zum Aufbau widerstandsfähiger und nachhaltiger Ernährungssysteme in Afrika, eine Zehnjahresagenda (2026–2035) zur Umgestaltung der afrikanischen Agrar- und Ernährungssysteme.

Diese positiven Entwicklungen sollten die Grundlage für zwei Initiativen während der Ratspräsidentschaft bilden: zum einen eine stärkere EU-Unterstützung für das Koordinierungszentrum der Vereinten Nationen für Ernährungssysteme, das eingerichtet wurde, um Länder bei der Umgestaltung ihrer Ernährungssysteme zu unterstützen; zum anderen die Formalisierung einer Zusammenarbeit zwischen der AU und der EU, die auf die Förderung des nationalen Kapazitätsaufbaus bei der Umsetzung der Kampala-Erklärung abzielt.

Mit dem EU-Aktionsplan für Ernährung (2015–2025) hat Europa sich bereits als internationaler Vorreiter in der Ernährungspolitik und entsprechenden Maßnahmen positioniert. Der abschließende Fortschrittsbericht, der im Oktober 2026 veröffentlicht werden soll, wird voraussichtlich die Erfolge des Plans sowie die aus seiner Umsetzung gewonnenen Erkenntnisse aufzeigen. Die irische Ratspräsidentschaft sollte die Option prüfen, eine neue EU-Strategie für Ernährung (*Nutrition*) nach einem „Team Europe“-Ansatz zu vereinbaren. Dadurch würde die europäische Führungsrolle in diesem Bereich gewahrt.

Konflikte und Hunger

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Konflikten und Hunger. Das Globale Netzwerk gegen Nahrungsmittelkrisen berichtet, dass 2025 rund 266 Millionen Menschen unter hoher Nahrungs- und Ernährungsunsicherheit litten. Das sei der sechste jährliche Anstieg in Folge. Konflikte sind die Hauptursache, während Wetterextreme und wirtschaftliche Schockwellen weitere wichtige Faktoren sind. Es sind große Länder wie der Sudan, Südsudan, Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo (DRK), der Jemen und andere, die sich in langwierigen Konfliktsituationen befinden, für deren Lösung oder die Einleitung von Friedensprozessen aber wenig bis gar keine Anstrengungen unternommen werden.

Irland verfügt angesichts seines Engagements für Ernährungssicherheit und der Geschichte des eigenen Friedensprozesses über ausreichend Legitimität, gemeinsam mit den Vereinten Nationen den Zusammenhang zwischen Konflikten und Hunger prominenter herauszustellen. Die Ratspräsidentschaft sollte eine politische Abwägung vornehmen, in welchen der langwierigen Konfliktlagen eine politische Intervention denkbar wäre, die sowohl Konfliktlösung als auch humanitäre Hilfe umfasst.

Klima und Ernährungssicherheit

Ein zunehmend instabiles Klima und extreme Wetterereignisse sind auch wesentliche Ursachen für Ernährungsunsicherheit. Auf den jüngsten internationalen Klimakonferenzen (COP) wurde daher die Notwendigkeit einer stärkeren Verknüpfung von Klima- und Ernährungspolitik anerkannt. So wurde auf der COP 28 in Dubai 2023 die „Emirates-Erklärung für nachhaltige Landwirtschaft, widerstandsfähige Ernährungssysteme und Klimaschutzmaßnahmen“ verabschiedet. Auf der COP 30 im brasilianischen Belém wurde die „Globale Allianz gegen Hunger und Armut“ geschlossen.

Der äthiopische Vorsitz der COP 32, die 2027 in Addis Abeba stattfinden soll, hat zum Ziel, die Transformation der Ernährungssysteme als zentrale Säule im globalen Klimaschutz zu verankern. Afrikanischen Ländern bietet dies Gelegenheit, Belange der Anpassung, Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Klimafinanzierung in den Mittelpunkt der internationalen Agenda zu rücken. Der irische EU-Vorsitz sollte seine Unterstützung für den äthiopischen Vorsitz der COP 32 bekunden, ein gemeinsames Arbeitsprogramm anstoßen, und so zum Erfolg der Konferenz beitragen.

Wissenschaft und Technologie

Von wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen, einschließlich künstlicher Intelligenz (KI), wird erwartet, dass sie dazu beitragen, die beiden existenziellen Herausforderungen der Menschheit bis 2050 zu bewältigen: ausreichend nahrhafte Lebensmittel zu produzieren, um den Bedarf einer Bevölkerung von voraussichtlich fast zehn Milliarden Menschen bis 2050 zu decken, und dies ohne die Grenzen der Erderwärmung zu sprengen.

Ein zentraler Bestandteil der Wissenschafts- und Technologieagenda Irlands wird daher der Ausbau einer nachhaltigen Bioökonomie sein, die den Ersatz fossiler Rohstoffe durch erneuerbare biologische Ressourcen fördert und die Kreislaufwirtschaft unterstützt. Der von Irland für Oktober 2026 anberaumte Global Bioeconomy Summit bietet dabei beste Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen EU und Afrika. Zu Afrikas potenziellen Vorteilen aus einer solchen Zusammenarbeit gehören die Wertsteigerung seiner Rohstoffbasis, die Verringerung von Lebensmittelabfällen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten.

Zusammenfassung

Der irische Minister für Entwicklung und Diaspora, Neale Richmond, richtet im Oktober 2026 ein informelles Treffen der EU-Entwicklungsminister aus. Er will eine strategische Diskussion darüber führen, wie die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der anhaltenden Armutsproblematik aussehen – und wie die EU einen Weg nach vorn ebnen kann. Die Minister werden im Dezember erneut zusammenkommen – dann zu einem formellen Treffen.

Dieser Beitrag zeigt auf, was Irland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft tun kann, um Hunger und globale Ernährungsunsicherheit zu verringern. Er geht davon aus, dass Irland seine Ziele am besten durch die Unterstützung der EU erreichen kann und außerdem durch Engagement und Einflussnahme auf die weitere Weltgemeinschaft. Es identifiziert vier Politikbereiche – Ernährungspolitik, die Eindämmung von Konflikten als Hauptursache für Hunger, Klimapolitik sowie Wissenschaft und Technologie –, in die Ernährungssicherheit stärker integriert werden sollte, damit eine größere Wirkung erzielt werden kann.

Die in diesem Papier geäußerten Ansichten sind persönlich und geben nicht die Politik der irischen Regierung wieder.

Tom Arnold ist Vorsitzender des Irland-Afrika-Ausschusses für ländliche Entwicklung. Davor leitete er die EU-Task Force „Ländliches Afrika“, war Vorsitzender von Concern Worldwide und koordinierte die Scaling up Nutrition (SUN).

https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/was-plant-irland-im-eu-vorsitz-fuerernaehrungssicherheit